

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Er erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Arbeitsbeschaffung.

Solange unser Beruf als selbständiges Gewerbe bleibt, ist er allen Schwankungen unterworfen, die durch die Saison und ihr Gegenstück, die geschäftstauende Zeit gegeben sind. Wenn auch hierbei die Witterungsverhältnisse den Ausschlag geben, so wissen wir doch, daß nebenher noch eine Reihe von Umständen laufen, die die Geschäftslage des Gewerbes im günstigen oder ungünstigen Sinne beeinflussen. Es sei nur erinnert an die Kur- und Badeorte, Ausstellungen, großen Festlichkeiten, geringe oder starke Bauaktivität, Mode, beziehungsweise Stilrichtung und nicht zuletzt an den unter normalen Verhältnissen zu bestimmenden Stellen des Jahres stattfindenden Wohnungswechsel. All das zusammen drückt dem Gewerbe den Stempel der Unregelmäßigkeit auf, dem dann alle die Auswüchse zuzuschreiben sind, über die sich seit Generationen Gesellen und Meister klagen. Rutschertum, Kleinmeisterntum, Schmutzkonkurrenz, Mangel an Nachwuchs, ungenügende Lehrlingsausbildung, sind dauernde Begleiterscheinungen des Malergewerbes gewesen. Alle diese Dinge könnten sich nicht so auswirken, wenn unser Gewerbe den sicheren Boden seiner stetigen Beschäftigungsmöglichkeit unter den Füßen hätte. Das kommt uns nicht erst heute zum Bewußtsein, denn viel älter als unser Gewerbe sind die Klagen über diese Mängel, und es ist ohne weiteres anzunehmen, daß diese schon bei unsern Ahnen, den Malern und Tünchern, die im Mittelalter, vorhanden waren. Bei diesen Klagen blieb es zunächst. Man fand sich damit ab, pöchte jedoch bei den Lohn- und Tarifverhandlungen auf den Saisoncharakter des Gewerbes. Während wir einen Ausweg in höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit suchten, glaubten die Meister gerade mit dem Gegenteil zum Ziele zu kommen. Wir müssen im Sommer länger arbeiten, damit die Aufträge erledigt werden können, denn was an Aufträgen liegen bleibt, ist für das Gewerbe verloren, so der ähnlich lautet die Begründung, die wir seit langer Zeit hören und die noch bei den letzten Tarifverhandlungen im vorigen Jahre eine große Rolle spielte.

Es war im Jahre 1916, als die beiderseitigen Verbände über den Einwirkungen der Kriegsnot zum ersten Male im Ausdruck brachten, gemeinsam die Hebung des Gewerbes betreiben zu wollen. Das sollte mit erreicht werden durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Die vereinbarten Richtlinien umschreiben dies in folgender Weise:

a) Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit durch die entschiedene Unterstützung aller Bestrebungen, die auf eine Förderung der allgemeinen Bautätigkeit gerichtet sind und durch planmäßiges Wirken bei staatlichen und städtischen Behörden, bei Architekten, der Privatbankwirtschaft und in der Öffentlichkeit. Diesen Stellen sind sachkundige Vorschläge über die Inangriffnahme bestimmter Aufträge, Notstands- und solche Arbeiten, die infolge des Krieges unterbrochen wurden, schriftlich und mündlich zu unterbreiten.

Dabei ist nachdrücklich auf die den Gebäuden (Hauptflächen, Holz- und Eisenteilen) im Innern und außen drohenden Gefahren des Verfalles und auf die allgemeinen Gesundheitschäden hinzuweisen, wenn die wegen des Krieges meist schon viel zu lange hinausgeschobenen Erneuerungsarbeiten nicht baldigst in Angriff genommen werden.

Auch von der Möglichkeit, daß die meisten Arbeiten ohne jeden Nachteil ebensogut im Winter wie in den Sommermonaten hergestellt werden können, müssen Auftraggeber und Öffentlichkeit unterrichtet werden.

Gestützt auf diese Richtlinien, wurde dann noch während des Krieges und auch nachher mit Werbeschreiben und persönlicher Vorstellung bei den Behörden vorgegangen; doch stellte sich bald heraus, daß viele Arbeitgeber nur mit halbem Herzen dabei waren. Sie genierten sich, mit den Gesellen gemeinsame Sache zu machen und betrachteten die Beschaffung von Arbeit als ihre Angelegenheit.

Seit einiger Zeit ist eine Wendung zum Besseren eingetreten. Ob diese auf den Mangel an eigenen Erfolgen, die unterdessen bekanntgewordenen amerikanischen Vorbilder, oder dem Wunsche einer öfteren Umsetzung des knapp gewordenen Betriebskapitals zuzuschreiben ist, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls stellen sich heute allgemein die Vorsitzenden der Innungen und Landesverbände zur Verfügung, um gemeinsam mit unsern Vertretern bei den Auftraggebern vorstellig zu werden, damit diese in den Wintermonaten Arbeit für Meister und Gesellen bereitstellen. Auch die sich dabei ergebenden Unkosten werden durch die beiderseitigen Verbände getragen. Damit ist die Bekämpfung des Saisoncharakters unseres Gewerbes in ein Stadium getreten, an dessen Ende der Erfolg winkt.

Zwei große Hindernisse stehen uns bei der Beschaffung von Winterarbeit vor vornherein im Wege: das Jahrhunderte alte Vorurteil und die Bequemlichkeit der Auftraggeber. Beide sind aber zu überwinden. Das erste

durch den Beweis, daß die Winterarbeiten qualitativ mustergerüstigt hergestellt werden, und das zweite durch die Belehrung der Auftraggeber und gegenseitige Verständigung der Ausführenden unter sich, weniger dringliche Arbeiten auf den Winter zu verschieben. Man macht sich kaum einen Begriff, wie tief der Glaube sitzt, daß Oelfarben im Winter nicht trocknen und ein glatter Leinwandanstrich überhaupt nicht zu erzielen ist. Und es sind nicht nur Laien, die so denken, denn mancher Meister und auch mancher Geselle hängt diesem Glauben noch nach. Wir müssen uns also auf einen langen Kampf gefaßt machen und dürfen durch anfänglichen Mißerfolg nicht mutlos werden. Ein weiteres, wesentliches Moment ist die Geldfrage. Der private Hausbesitz und auch die Mieter sind heute für unser Gewerbe nicht die hauptsächlichsten Auftraggeber, am wenigsten für Winterarbeiten. Ob sich das mit der Aufhebung des Mieterchuzes ändert, sei dahingestellt. Vorerst sind wir bei unserm Vorgehen in der Hauptsache auf die Behörden angewiesen, und da spielt der „Etat“ die entscheidende Rolle. Schreiber dieses besuchte mit dem Obermeister der Münchener Malerinnung fast alle maßgebenden Behörden. Mit wenigen Ausnahmen erhielten wir die Antwort, daß jetzt, so kurz vor Schluß des Etatsjahres (1. April) Mittel nicht mehr verfügbar seien. Bei gleichbleibenden Staatsverhältnissen werden wir in den kommenden Wintern dieselben Erfahrungen machen müssen. Nun besteht ja die Möglichkeit, daß die im Instandsetzungsetat vorgesehenen Mittel für die geschäftstauende Zeit aufgespart, beziehungsweise schon früher als vorgesehen, ausgegeben werden. Ein Antrag ist, der im vergangenen Winter im bayerischen Landtag angenommen wurde, bezog sich auf dies. Und wurde aber an maßgebender Stelle versichert, daß durch die Vorwegnahme der Mittel dem Gewerbe nicht gebient sei. Viel besser sei es, die bedrängten Gewerbe durch bessere Ausstattung des Instandsetzungsetats zu unterstützen, das heißt einfach, mehr Mittel für diese Zwecke bereitzustellen. Unsere Genossen gingen daher sowohl im Landtag wie im Münchener Stadtrat diesen vernünftigeren Weg: sie forderten Bereitstellung neuer Mittel, dem schließlich auch Rechnung getragen wurde. Auf die Dauer kann uns aber auch damit nicht gedient sein.

Was wir wollen, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Befreiung, mindestens aber eine wesentliche Einschränkung des Saisoncharakters unseres Gewerbes. Dazu können gewiß diese Notstandsaktionen nützen. Eine Lösung des Problems bedeuten sie aber nicht. Dieses ist nur möglich durch eine grundlegende Umstellung unserer Behörden. So ist es zum Beispiel — allgemein gesprochen — sozialpolitisch und volkswirtschaftlich viel richtiger, wenn Staat, Länder und Gemeinden ihre Geschäftslage ausführen lassen würden und nicht, wie das heute vielfach der Fall ist, dann am meisten drängen, wenn alle Betriebe voll beschäftigt sind. Das gilt im besonderen für das Malergewerbe. „Für das Frühjahr haben wir eine Reihe von Arbeiten in Aussicht genommen“, oder „für die großen Ferien ist das und jenes vorgesehen“. Die Herren, die uns dies auf unserer Rundreise entgegenhielten, meinten wunder, was damit geleistet ist. Es ist gewiß bequemer für den Schulbetrieb und für die Bureaus, wenn die Renovierung in den großen Ferien vor sich geht. Es würden aber weder die Schulkinder noch die Insassen der Bureaus Schaden leiden, wenn sie sich, während die Maler im Hause sind, einige Tage in andern als den gewohnten Räumen aufhalten würden. Wir sehen also, daß es ginge. Nur muß dabei von der alten Tradition abgewichen und einer gewissen Planmäßigkeit Platz gemacht werden. Diese Umstellung hat aber auch den Vorteil, daß sie keinen Pfennig kostet, ja, sie bringt sogar noch etwas ein. Denn erstens können die Arbeiten sorgfältiger und gewissenhafter ausgeführt werden, und zweitens wird Tausenden von Gehilfen und auch einer Anzahl von Meistern der Gang zum Stempeln erspart, was einer Entlastung der Erwerbslosenfürsorge gleichkommt.

Ohne Werbetätigkeit kein Erfolg. Dieser kaufmännische Erfahrungssatz wird nirgends mehr mißachtet, als gerade im Malergewerbe. Regelmäßig inserierende Geschäfte gibt es schon gar nicht mehr, und selbst die bei der Geschäftsgründung üblich gewesenen Anzeigen sind außer Mode gekommen. Aber auch andere Reklamemöglichkeiten werden nicht ausgenützt. Nur zwei Beispiele: Fassadenarbeiten sind die beste Gelegenheit für Werbetätigkeit. Aber an 80 von 100 Gerüsten finden wir noch nicht einmal eine einfache Tafel, die die ausführende Firma erkennen läßt, geschweige denn ein künstlerisch ausgeführtes Firmenschild. Ähnlich bei Neubauten. Dort wird man in der Regel unter Tugenden von Tafeln aller andern Gewerbe vergebens das Schild der ausführenden Malerfirma suchen. Betrachten wir uns gar die Materialwagen, in welchem Zustand sie durch die Straßen wackeln, so brauchen wir uns wirklich nicht zu wundern, wenn unser Gewerbe so niedrig eingeschätzt wird. Die Werbetätigkeit liegt also sehr im argen.

Sie muß erheblich gesteigert werden, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Freilich muß das nicht immer Sache des einzelnen Geschäftsführers sein. Denn der Allgemeinheit beizubringen, daß die im Winter ausgeführten Malerarbeiten ebenso dauerhaft sein können als andere, ist Sache der Gesamtheit des Gewerbes. Die Inserate, die in den großen Städten um die Jahreswende erschienen und den Zweck hatten, der Allgemeinheit die Vorteile der im Winter ausgeführten Malerarbeiten klar zu machen, mühten sich in kurzen Abständen wiederholen. Denselben Zweck dienende Werbeschreiben sollten in jedem Malergeschäft fertig vorliegen, und mit deren Versand muß eingeseht werden, sobald ein Rückgang der Aufträge sich bemerkbar macht.

Wenn wir aber dauernde Wirkungen erzielen wollen, genügt diese Art Werbetätigkeit nicht, ja, sie kann nur als Anfang gewertet werden. Praktisch sind ihr auch keine Grenzen gezogen, es sei denn in finanzieller Beziehung. Doch muß auch das zu überwinden sein, wenn man in Betracht zieht, daß ohne dauernde Beeinflussung der öffentlichen Meinung und besonders der Auftraggeber das gesteckte Ziel einfach nicht erreicht werden kann. Werden hierfür Mittel bereitgestellt, dann sehe ich nicht ein, warum wir uns nicht auch des Radio, der Eisenbahn- und Straßenbahnreklame bedienen sollen, und warum nicht in den Familienzeitschriften ein dazu Beauftragter unsere Bestrebungen dem großen Publikum näherbringen soll. Und schließlich könnte man auch die Lichtreklame der großen Städte in den Dienst der Sache stellen.

Darüber hinaus werden die Zentralstellen ihren Einfluß auf die Parlamente geltend machen müssen und die Vertretungen der Landesverbände beziehungsweise Bezirke rechtzeitig im Herbst bei den maßgebenden Behörden vorstellig werden, um diese im Sinne unserer Bestrebungen zu beeinflussen. Diese Arbeit ist äußerst wichtig, da sich die örtlichen meist auf die zentralen Behörden hinausreden. Man muß wissen, mit wem man es zu tun hat, das heißt, für welche Gebäude die Behörde zuständig ist, und welche örtlichen Behörden ihr somit unterstehen. Der zuständigen Behörden sind sehr viele. So unterstehen in Bayern der Obersten Baubehörde sämtliche Landbauämter. Diese wiederum sind zuständig für alle Arbeiten an Gebäuden, die dem Lande Bayern gehören. Dem Reichsbauamt unterstehen die reichseigenen Gebäude, einschließlich der Neubauten, während für die militärischen Gebäude das Heeresbauverwaltungsamt beziehungsweise Heeresunterkunftsamtsamt zuständig ist. Die Finanzämter dürften wiederum den Landbauämtern und die ehemaligen königlichen Schlösser, wenigstens zum Teil, der Kronquartierverwaltung unterstehen. Für die Arbeiten bei der Post kommt die Abteilung Bayern des Reichspostministeriums, beziehungsweise die ihr unterstellten Oberpostdirektionen in Betracht.

Für alle hier aufgeführten Stellen ist der Etat maßgebend, das heißt, die Mittel, die für das Rechnungsjahr (1. April bis 31. März) vorgesehen sind, dürfen normalerweise nicht überschritten werden. Es besteht aber immerhin eine gewisse Bewegungsfreiheit innerhalb des Etatsjahres, so daß sehr wohl Arbeiten, die für den Sommer vorgesehen sind, schon im Winter ausgeführt werden können. Anders bei der Reichsbahn, die nun eine Art Privatgesellschaft ist. Dort rechnet man mit dem gleichen Zeitraum, nur mit der Einschränkung, daß den einzelnen Ressorts von einem Monat zum andern vorgegeben wird, wieviel sie jeweils ausgeben dürfen. In diesem allerdings sehr eingeschränkten Rahmen haben die einzelnen Direktionen, und wie es scheint auch die einzelnen Verwaltungen, Entscheidungsfreiheit, denn sonst könnte nicht ein so großer Unterschied in der Behandlung beziehungsweise Nichtbehandlung der Bahnhöfe mit Farbe anzutreffen sein. Für unsere Bestrebungen ist diese Art Bereitstellung von Mitteln nicht von Vorteil, insbesondere deshalb nicht, weil die Ausgaben der Bahn sich nach den Einnahmen richten und diese im Winter, wie uns versichert wurde, in der Regel niedriger sind als im Sommer. Das darf uns aber nicht abhalten, gerade bei der Reichsbahn immer wieder auf Bereitstellung von Winterarbeit zu drängen, denn kein Unternehmen und keine Behörde verfügt über so viele renovierungsbedürftige Objekte, wie die Reichsbahn. Und da wir es hier im Gegensatz zu andern mit einem erwerbenden Unternehmen zu tun haben, muß es trotz aller sonstigen Schwierigkeiten möglich sein, unsern Bestrebungen weitestgehend Rechnung zu tragen.

Nun steht der Winter abermals vor der Tür. Hunderte von Berufskollegen sind in den Großstädten bereits arbeitslos und auch das flache Land ist neuerdings stark von dieser Geißel unseres Berufs bedroht. Die Vorstände und die Bezirks- und Landesleitungen sind dabei, die Auftraggeber zur Bereitstellung von Winterarbeit mobil zu machen. Der Erfolg wird in hohem Grade von der Mitarbeit draußen im Lande abhängen. Diese anzufuern, soll der Zweck dieser Zeilen sein. Hans W. K.

Zur Situation im 4. Bezirk.

Die unsichere Gestaltung des Wirtschaftslebens im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ließ für uns schon zu Beginn des letzten Schuljahres keine allzu großen Hoffnungen aufkommen. Hatte sich die Industrie sonst recht optimistisch für unsere Verunsicherten erwiesen, so schritt sie jetzt zu ziemlich weitgehenden Entlassungen. Zwar setzte vorerst im privaten Gewerbe eine ziemlich gute Konjunktur ein, so daß alle freigewordenen Arbeitskräfte Aufnahme finden konnten. Aber mit der Verschärfung der industriellen Krise ließ die Arbeitsgelegenheit bald auch für unsere Kollegen im Baugewerbe nach. Nach den Angaben des Landesarbeitsamtes im Rheinland änderte sich die Lage des Arbeitsmarktes bald zum Nachteil unserer Kollegen. Es waren gemeldet:

	Offene Arbeitsstellen suchende	Offene Arbeitsstellen suchende	
16. Juni.....	115 100	16. August....	64 418
30. ".....	89 240	16. September..	21 574
16. Juli.....	48 265	31. Oktober....	21 1412

In Westfalen liegen die Verhältnisse nicht wesentlich anders. Der Rheinisch-Westfälische Innungsverband hat sich diese Situation zunutze gemacht. Am 18. Juni ließ das am 15. Mai vereinbarte provisorische Lohnabkommen ab. Am 15. Mai hatten die Bauarbeiter im ganzen rheinisch-westfälischen Bezirke im Kampf gestanden, um dem von den Unternehmern abgelehnten Schiedspruch Geltung zu erzwingen. Dieser sah bis zum 1. Juli eine dreimalige Lohnzulage mit einem Spitzenlohn von 1,15 M im rheinischen Gebiet und im östlichen Lande und von 1,10 M im Industriegebiet vor. Unsere Arbeitgeber wollten den Eindruck vermeiden, als ob sie den von der Großindustrie geschobenen Bauunternehmern im Kampfe gegen die Abwehr des Schiedspruches in den Rücken zu fallen beabsichtigten. So kam es zu einem Provisorium, wonach die Löhne in Düsseldorf auf 1,12 M, in den übrigen Gebieten auf 1,05 M und im östlichen Westfalen auf 95 % festgesetzt wurden, während für Köln ein Stundenlohn von 1,15 M vereinbart war.

Der Kampf im Baugewerbe endete mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter. Die Spitzenlöhne wurden nicht erst vom 1. Juli an, sondern schon vom 22. Mai an gezahlt. Während sich die Bauunternehmer mit dem Gegebenen abfanden, nahm die Großindustrie den Kampf erneut auf. Bereits begonnene Bauarbeiten wurden zum Teil eingestellt, und durch ein Schreiben, mit dem auch einige Malermeister beglückt wurden, den Arbeitgebern des Baugewerbes mitgeteilt, daß die Industrie eine Bezahlung der überzogenen Bauarbeiterlöhne ablehne, und daß die Arbeiter nur zu einem Stundenlohn von 92 % fortgesetzt werden könnten. Unter der Wirkung dieses Vorgehens lehnte der Innungsverband am 16. Juni eine Angleichung der Malerlöhne an den Lohn im Baugewerbe ab mit der Begründung, daß sich die Situation erheblich verschoben habe und für etwa 10 Orte ein Lohnabbau von 10 % in Aussicht genommen sei. Unter der Voraussetzung, daß wir eine Angleichung nicht mehr fordern würden, wolle man aber von der Lohnherabsetzung Abstand nehmen. Wir lehnten diese Zumutung ab und riefen den Schlichter an. Durch die Vermittlung des Schlichters konnten die Verhandlungen erst am 13. Juli vor dem Schlichter in Köln stattfinden, wo dann gegen die Stimmen beider Parteien der Lohn festgesetzt wurde, daß die bisherigen Löhne bis 31. September bestehen bleiben. Dem stimmten beide Parteien zu.

Die durch die Zolltarifgesetzgebung eingetretene Verschärfung der Lebenshaltung veranlaßte uns zu der Kündigung des Lohnabkommens zum 30. September. Wir forderten den bereits im Juli in Aussicht gestellten Lohnabbau und eine Zulage von 5 %. Auch der Innungsverband kündigte das Lohnabkommen und beantragte einen Lohnabbau von 15 %, worüber nichts weiter angeführt wurde, als daß die Industrie die Löhne nicht mehr zahlen wolle und das Baugewerbe die „hohen“ Löhne auch nicht mehr zahlen könne. Ein Eingehen auf unsere Begründung wurde abgelehnt. Die am 24. September stattgefundenen Verhandlungen führten nur zu einer Verständigung. Der Innungsverband verzichtete sich für weitere Geltung der bisherigen Löhne bis zum 30. November. Da dieser Schiedspruch von den Unternehmern abgelehnt wurde, haben wir am 1. Dezember in der ferneren Lohngestaltung nicht nur auf den Lohn, sondern auch auf den Schlichter beim

Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Auf Grund einer früheren Vereinbarung sollen weitere Maßnahmen erst zulässig sein, wenn alle Einigungsinstanzen erschöpft sind. Es waren deshalb bis zur Entscheidung die bisherigen Löhne weiterzuzahlen. Meldungen über erfolgten Lohnabbau liegen nur aus einem Orte vor. Dort ist durch das Vorgehen der Unternehmer erreicht worden, daß sich alle Kollegen restlos der Organisation angeschlossen haben. Die Interessellosigkeit, die in Kollegenkreisen zum Teil um sich gegriffen hatte, rückt sich nun bitter, war doch das Vorgehen des Innungsverbandes nur durch die Gleichgültigkeit unserer Kollegen veranlaßt.

Die Verhandlungen auf Verbindlichkeitsklärung fanden am 10. November bei der Regierung in Köln statt. Da indessen alles bei dem alten Zustand geblieben ist, ersuchte der Regierungsvorsteher die Verbindlichkeitsklärung gegenwärtig nicht für dringend und mit Rücksicht auf den baldigen Ablauf des geltenden Lohnabkommens (30. November) nicht für angemessen. Eine Erklärung des Reichsarbeitsministeriums steht noch aus. Die Parteien verständigten sich jedoch, Ende November oder Anfang Dezember in neue Verhandlungen einzutreten.

Konjunkturbericht vom Oktober.

Der anomale Verlauf der Entwicklung im Monat September ließ eine schnelle Verschlechterung in der Lage unseres Gewerbes befürchten, und es ist zu begrüßen, daß diese Befürchtungen nach dem vorliegenden Ergebnis unserer Umfrage für den Monat Oktober nicht ganz zuträfen. Berichtet haben aus 42 Filialen 139 Betriebe mit 4470 Beschäftigten. Hierin zeigt sich ein kleiner Rückgang in der Anzahl der Beschäftigten in einzelnen Betrieben. Im September noch 86,2 Beschäftigte pro Betrieb, sind es im Berichtsmonat nur noch 82,2. Daß diese Zahl nicht allein als Gradmesser gelten kann, zeigt ein Vergleich mit der Beschäftigtenzahl des Monats August, wo trotz besserer Geschäftslage nur 84,6 Beschäftigte auf den einzelnen Betrieb kamen. Einen ziemlich starken Rückgang finden wir bei den Betrieben, deren Beschäftigungsgrad als sehr gut bezeichnet wird. Im Vormonat noch 12,9 % der Beschäftigten umfassend, sind es im Berichtsmonat nur noch 6,3 %; im gleichen Verhältnis sinkt die Zahl der Betriebe von 9 % auf 5 %. Wesentlich besser ist der Beschäftigungsgrad in den Betrieben geblieben, die als gut bezeichnet wurden. Die Zahl der zu dieser Gruppe gehörenden Betriebe ging nur um 5 auf 42 Betriebe zurück, die Beschäftigtenzahl des Vormonats (1885) verminderte sich um 240 oder 2,1 % und umfaßt somit 1585 oder 35,5 % aller Beschäftigten. Als befriedigend bezeichnet wurden 64 Betriebe, das sind 45 %, mit 2194 Beschäftigten, aber 49 %, bezeichnet. Gegen den Vormonat eine Steigerung der Betriebe um 2,5 %, die der Beschäftigten um 7,5 %. Auch die Zahl der schlecht bezeichneten Betriebe steigerte sich um 6,4 %; die Zahl der Beschäftigten sank um 28 auf 410, das sind 9 % aller durch die Umfrage erfaßten Beschäftigten Personen.

Wenn wir eingangs sagten, daß die Verschlechterung nicht in dem befürchteten Umfange eintrat, so zeigt sich dies am besten in einer Gegenüberstellung des allgemeinen Konjunkturbarometers. Gegen den August zeigt das Konjunkturbarometer im September eine starke Senkung, im Berichtsmonat Oktober setzte dann ein langjames Tempo ein. Am Schlusse des Oktober kann der Stand der Konjunktur aber doch noch nicht als sehr ungünstig bezeichnet werden, da er noch etwas über der Mitte zwischen befriedigender und guter Beschäftigung liegt.

Neue Einstellungen erfolgten von 47 Betrieben; wenn auch die Zahl der Neueingestellten um 10 hinter der des Vormonats zurückblieb, so ist der Prozentsatz doch um wenigstens gestiegen. Entlassungen haben 89 Betriebe vorgenommen. Davon betroffen wurden 863 Beschäftigte oder 19 % der vom Bericht erfaßten Kollegen.

Die Zahl der gemeldeten Lehrlinge ist zwar gegen den Vormonat etwas geringer, stellt aber im Vergleich zur Gesamtzahl der Beschäftigten eine Erhöhung auf 11 % dar. Die Zahl der Betriebe, die zur Zeit Lehrlinge ausbilden, stieg von 118 auf 121; es kommen somit im Durchschnitt 3,5 Lehrlinge auf den einzelnen Betrieb oder auf je 9 Beschäftigte 1 Lehrling.

Die wöchentliche Arbeitszeit betrug in 87 Betrieben mit 2702 Beschäftigten 48 Stunden. In 14 Betrieben waren 970 Kollegen 45½ bis 47 Stunden beschäftigt.

Zwischen 40 bis 45 Stunden waren 784 Kollegen in 26 Betrieben beschäftigt, von diesen waren 6 Betriebe eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden meldend. Die tägliche Arbeitszeit war in keinem Betriebe um 7 Stunden. Erfreulich ist, daß nur noch 8 Betriebe 33 Beschäftigten Überstunden machten. Unerfreulich ist, daß immer noch 19 Betriebe mit 694 Beschäftigten Achtstundentag dadurch umgehen, daß die tägliche Arbeitszeit um ¼ Stunde verlängert wird, um den freien Abend-Nachmittag dadurch zu gewinnen. So verläßt man auf Kosten des Achtstundentages geizig, sondern durch die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit erzielt werden. — Einschränkungen der Arbeitszeit meldeten 2 Betriebe mit 23 Beschäftigten, die umschichtig je Hälfte eine Woche um die andere aussetzen.

Ladierer.

Abgewehrter Lohnabbau in der Möbelindustrie. Arbeitgeber in der Möbelindustrie von Salzgitter abkommen zum 30. Oktober durch ihren Syndikus das Abkommen mit dem Antrage, die Löhne um 15 %, das von 86 auf 71 % abzubauen. Am 2. November geführte Lohnverhandlungen in Detmold brachten keine Verständigung. Hierauf machten die Arbeitgeber bekannt, daß Lohn nunmehr nur noch 71 % in der Spitze betrage. Die Kollegen lehnten es aber ab, für diesen Lohn zu arbeiten und stellten am 6. November die Arbeit ein. Nach 8 Tagen wurde der Anschlag zurückgezogen und die Arbeit unter alten Bedingungen fortgesetzt.

Aus unserm Beruf.

† Georg Kemme. Wieder hat der Sob ein der Besten aus unsern Reihen gerissen. Nach langem Krankheitslauf starb am 11. November in Hannover Kollege Georg Kemme im Alter von 59 Jahren, seit 1903 ununterbrochen Beisitzer in unserm Verbandsausschuß und seit 1919 dessen Vorsitzender war, bis die Verschlimmerung seines Leidens ihn Amtsführung unmöglich machte. Kollege Kemme in seinem Leben der Organisation und unsern Kollegen wertvolle Dienste geleistet. Schon seit dem Jahre 1905 stand er in dem hartnäckigen Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit erster Stelle. Trotz persönlicher Schicksalsschläge wirkte er in treuer Pflichterfüllung für unsern Verband und war in Lohnkommissionen und später in Ortsleiterämtern hervorragend tätig. Seit 1910 Jahren war er Altgehilfe in Hannover und erreichte durch seine vornehme Gesinnung und seine ausgezeichneten Fachkenntnisse nicht nur die Verehrung seiner Kollegen, sondern auch die Achtung der Arbeitgeber. Nach langem Krankenlager hat der Sob diesen wackeren Streiter hinweggerafft. Die Organisation wird sein Andenken dauernd ehren.

Berlin. In vier überfüllten Versammlungen nahen die Kollegen Berlins zur Kündigung des Reichsarbeitsvertragtes Stellung. Die Einladung erfolgte durch Flugblätter in denen der Ernst der gegenwärtigen Situation dargelegt war. Die Kollegen Jakob, Schiemann, Klotz und Kasper referierten über die gegenwärtige Situation in unserm Gewerbe. In ihren Vorträgen brachten sie folgendes zum Ausdruck: Verschlechterungen des Tarifvertrages wurden von unserer Organisation mit allen Mitteln bekämpft werden. Zeitgemäße Regelung der Jahrgelder sowie Ferienfrage sei dringend erforderlich. Gesundheitsgefahren durch Verarbeitung minderwertiger Erzeugnisse, wie durch schädlicheren Gerüstbau, Hautkrankheiten, verursacht durch giftige Verdünnungsmittel, treten gegenwärtig häufig auf. Gesundheitsschutz ist dringend notwendig, aber nur durch geschlossenes Vorgehen der Organisation erkämpft werden. Unfälle durch Gerüststürze Materialbruch ereignen sich wöchentlich mehrmals.

Wenn ein Malerknecht Streit hat.

In der 1766 erschienenen „Chronik der freien Reichshandwerker a. M.“ befindet sich folgende Schilderung: „Wenn ein Malerknecht gegen den andern seines Zeichens Streit hat, es sey Jamt, Streit, Schmähen, Schimpf- oder Scheltworten, so überläßt einer den andern nicht gleich, sondern er läßt zwei Malerknechte an ihn, wo er arbeitet und läßt ihm andeuten, er würde wissen, was er mit ihm vorhaben, was zu tun hätte, er erwarte seiner auf der Straße und wenn er ein streber Kerl wäre, so solle er zu ihm kommen; widerwärtig er es nicht tut, arbeitet kein Maler länger als 14 Tage neben ihm, sondern steht aus. Dann er aber auf die Straße kommt, so hält einer dem andern das keine vor und sie fordern einander auf „drei Gänge Malerknechtsmanier“, daß sich keiner weiter in Schlägen ein Messer zu ziehen, einen heimlichen Griff noch Vieh zu tun, sondern sich zu wehren, wie es einem streben Malerknecht zusteht. Darauf ziehen sie sich auseinander die Ermel am Gendel hinter sich, stecken die Hände unter einer Stockkrone, die vier Alt-Gesellen nehmen vier angemessene Stöcke, welche man Streichhölzer nennt, und stellen sich zwei oben und zwei unten in die Reihe, schlagen die gemalten Schreibhölzer kreuzweis vor, daß keiner nur einen kann, bis sie die Schreibhölzer öffnen. Der Aufhebung der Schreibhölzer reden die Alt-Gesellen zu einander an, ob sie sich nicht in Güte vertragen können, wenn sie es verneinen, lassen sie solche zusammen, die Kerker sie hat traf herum. Sobald sie zur Erde fallen, schlagen die vier Alt-Gesellen herbei mit ihren Streichhölzern; da darf keiner einen Schlag mehr tun. Wenn sie angetroffen, so mag der, der oben gestanden, unten stehen; darauf läßt man ihnen Zeit zum Reden, dann

nun sie den zweiten Gang und darauf den dritten. Wenn alle drei Gänge vorbei sind, geben sie einander die Hände und fragen, ob einer den anderen anjeho vor einen brauen und ehlichen Kerl hielte. Wenn sie es bejahen, trinkt einer dem anderen zu, darauf-jehnd sie wieder gute Freunde, obichon zum öfteren der eine steht und ihm das Blut aus der Nasen und Maul läuffel und das Gemdt auf dem Leibe zerrissen. Wenn die Gesellen ein Gebott (Verjammung) halten, so müssen die, so sich geschlagen, vor der offenen Lade erscheinen und jeder einen halben Thaler Straff geben; wenn er aber um Gnad' bittet, wird ihm ein Orthsialer wiedergegeben.“

Der 'Bücherkreis'.

Wir leben in einer Zeit wirtschaftlicher Umwälzungen. Dem Gedanken der reinen Privatwirtschaft hängen nur noch Leute an, die den Sinn der Zeit und die Linien der historischen Entwicklung nicht begriffen haben. Auch in der deutschen Buchwirtschaft sind die Formen der reinen Privatwirtschaft nicht mehr haltbar. Breite Massen der Bevölkerung erheben entschiedenen Anspruch auf das gute und dabei billige Buch. Die Privatwirtschaft mit ihrer Tendenz, Profite zu erwirtschaften, kann diesem Verlangen nicht genügen. Um breiten Massen den Bezug von Büchern besten Inhalts zu billigen Preisen zu ermöglichen, ist der „Bücherkreis“ gegründet worden. Viele Zehntausende haben sich zusammengeschlossen, um unter Ausschaltung des Profites und des privatwirtschaftlichen Risikofaktors, das den Preis der Bücher höher und höher gedrückt hat, eine Vereinigung zu bilden, die Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft zugleich darstellt.

Der Bücherkreis erhebt 1 M monatlichen Beitrag. Dafür wird alle Vierteljahr ein Buch ausgegeben und gratis eine reich illustrierte Monatschrift geliefert. Romane und populär-wissenschaftliche Werke wechseln ab. Bücher bewegen sich im Idealkreis des wertvollsten Lesens.

Martin Andersen Nexos „Sühne“ fand wegen seiner ethischen Inhalts Beachtung weit über die Grenzen des Bücherkreises hinaus. — Raoul Francés Reisebuch „Das Land der Sehnsucht“, das die Wunder des Südens, farbenprächtige Bilder dem Leser vorführt, hat Tausende neuer begeisterte Mitglieder dem „Bücherkreis“ zugeführt. — Magim Gorkis „Sohn der Nonne“, ein Roman aus Welt des russischen Kleinbürgertums, war ein literarischer Ereignis ersten Ranges. — Friedrich Wendels „Neunjehntes Jahrhundert in der Karikatur“ bereinigte lieberwürdige Unterhaltung und ernste geschichtliche Betrachtung. — Paul Jechs Roman „Die Geschichte einer armen Näherin.“ entrollte das erschütternde Schicksal einer armen Näherin. Die Monatschrift des Bücherkreises hat zum Zweck ihrer technisch erstklassigen viel farbigen Bilder von Gemälden alter und neuer Meister allezeit Beifall gefunden.

So jung die Organisation ist, man kann vom Bücherkreis ohne weiteres behaupten: Er ist eine Kulturarbeit. Wer ihm beitreibt, hat nicht nur dauernde Freude, er hilft auch mit an einem Bau, der gegenwärtiges und werdendes umspannt. Wer nähere Informationen haben oder dem Bücherkreis beitreten will, wende sich an die nächste Buchhandlung oder direkt an die Hauptgeschäftsstelle Berlin SW 68, Vinbenstraße 2.

Araturbedürftige Leitern und Laufbohlen gefährden Leben und Gesundheit der Kollegen. Heuchlerisch fragt Unternehmerröge, die „Bauwelt“: Warum Arbeiterkollektive? Die Arbeiter bauen doch die Gerüste selbst, wenn sie nicht fähig zum Gerüstbau sind, dann fehlt auch die Eignung zur Kontrolle. Das sagt man der Arbeiterklasse zu bieten. Wie oft sind schon bei Beantragungen von morschem und brüchigem Material sofortige Aufforderungen erfolgt! Weil Staat und Kommune verweigern, gründet das Berliner Bauartell ein eigenes Sekretariat, das der Öffentlichkeit Aufschluß über die Schuldigen bei Arbeitsunfällen geben wird. Die wertvollste Ware des wirtschaftlichen Marktes, die Arbeitskraft, muß gesichert, die achtstündige Arbeitszeit sowie die übrigen sozialen Forderungen erhalten werden. Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung sind durch die Organisation zu regeln. Außenleiter als Schleppenträger der Arbeiter zu betrachten und demgemäß zu behandeln ist jetzt eingetretene wirtschaftliche Krise erfordert eiserne Disziplin und geschlossene Organisation. Nicht das Geklaff einzelner Individual-Strategen, sondern nüchternen Tageskampf zu führen den Erfolg. Groß ist der Aufgabenkreis für diese Organisation, und nie ist der Appell zur regen Mitarbeit jedes einzelnen notwendiger gewesen, wie gerade jetzt. In sämtlichen Versammlungen waren Beauftragte der Schmittsche Richtung anwesend, die ihr Sprüchlein aufstießen. Das sonst übliche Geschimpfe auf den Verband überließ. Ohne Ausnahme erkannten alle Diskussionsleiter an, daß die Organisation und deren Leitung das Beste sei. Möglichste im Interesse der Kollegenchaft getan. Weiter sei aber dringend notwendig, daß alle noch bestehenden unserem Verband zugeführt werden. Jede Mitterorganisation ist zur Ohnmacht verurteilt. Von jeder Einsicht getragen, herrschte in allen Versammlungen eine erfreuliche Uebereinstimmung über die getroffenen Organisationsmaßnahmen, und die Entschlüsse, die dem beigetragenen entprochen, wurden einmütig angenommen. Die Aufstufung für die Werbetätigkeit der Organisation bestanden diese Veranstaltungen einen großen Erfolg. Das abgegebene Agitationsmaterial auf den Arbeitsstellen und persönlichen Verkehr weiter erfolgreich zu verwerten, die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft.

In der Mitgliederversammlung am 10. November wurde über den gegenwärtigen Stand unserer Tarifbewegung berichtet. Vor man über die Absichten der Arbeitgeber vorher schon einigermaßen unterrichtet, so stießen deren Anträge doch helle Empörung aus. Dringend wurde von der Verhandlungskommission verlangt, daß sie in Mitgliedern in weitestem Maße Gelegenheit gibt, zu dem Ergebnis der Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag zu nehmen. Zum zweiten Tagesordnungspunkt referierte der Kollege Schwabe, Hamburg, über die Reichsregierung der Bauarbeiter und ihre organisatorische Bedeutung. Der Referent berührte in seinem Vortrag auch allgemeine wirtschaftliche Fragen und forderte die Kollegen besonders auf, das Getriebe der Wirtschaft zu studieren. In genauer Kenntnis derselben wird uns, wenn einmal die richtigen Voraussetzungen für ihre Demokratisierung gegeben sind, befähigen, die Wirtschaft auch zu beherrschen. Aufgabe der Reichsregierung für Radierer sei es, Material zu sammeln über die so sehr unterschiedliche Festsetzung der Löhne, über Fragen des Gesundheitszustandes, technische Neuerungen und dergleichen. Die Unternehmer suchen immer mehr amerikanische Arbeitsmethoden im Baugewerbe einzuführen, ohne jedoch gleichzeitig die Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit zu treffen, die in Amerika selbstverständlich sind. Nur durch innige Zusammenarbeit der Reichsregierung mit den örtlichen Sektionen Radierer könne erreicht werden, daß unterschiedliche Lohnunterschiede aufhört und in den Betrieben Einrichtungen geschaffen werden, um die Gefahren für die Gesundheit zu beseitigen. Der hochinteressante Vortrag dürfte sicher zur Folge haben, daß auch die Kieler Radierer erkennen, daß die Organisationsleitung der eifrigsten Mitarbeit aller Kollegen bedarf. Ferner wurde die Fikalisierung der Bezahlung, alles zu tun, um Winterarbeit für das Materialgewerbe zu beschaffen. Beobachtet wurde das Verhalten der Schutzpolizei, die durch Beamte in der Kaserne Anwesenheit in größerem Umfange ausführen läßt. Hart gerügt wurde das Treiben eines Ober-Defizitars a. D., Herrn Zimmermann, der in den Sommermonaten in den Gebäuden des Beamtenwohnvereins Lindenstraße Malerarbeiten gegen einen Stundenlohn von 70 % ausführt. Ein Ober-Defizitars a. D., der nach seinen Informationen annähernd 400 M. Pension bezieht, ist es doch sicher nicht nötig, den Kieler Malern durch Lohnkürzungen in den Rücken zu fallen.

Kiel. Eine Firma „Delika“, Lad- und Karbenmagazinslager, G. m. b. H., in Kiel, Ringstraße 30, verbindet unter höchstnennenden Versprechungen an Hausbesitzer, Kleinhändler, Landleute und Kleinverbraucher Prospekt, in denen sie nicht nur Materialien aller Art zu „billigen“ Preisen anbietet — „sei es, daß diese ihre Arbeiten selbst machen wollen“ —, sondern sie er bietet sich auch, „tätige Maler zum Stundenpreis von 70 % bis 1 M zu stellen“. Es ist, gelinde gesagt, der Höhepunkt unheiliger Schmutzkonfuzenz, wenn derartig marktbreiterische Plakate gemacht wird. Da bemühen sich die zuständigen Berufsorganisationen jährlich jahraus um die Vermeidung eines so schwer um seine Existenz ringenden Gewerbes, um von einem geschäftstüchtigen Handwerker, der doch schließlich auf die Dauer von seinen Lieferungen als Private nicht leben kann und auf die Geschäftsverbindung mit den Vertretern desselben angewiesen ist, in seinen flauerer Geschäftsgang geschädigt und beeinträchtigt zu werden. Wir warnen alle Kollegen, auf den Geschäftsbrief der „Delika“ hereinzufallen und dafür Sorge zu tragen, daß die Praktiken dieser gewerbeschädigenden Firma den nötigen Reizanzboden finden.

Baugewerbliches.

Steigerung der Bauaufgabe. Die Zahl der Anmeldungen für Neubauten hat im Oktober nach der „Bauwelt“ wieder eine erhebliche Zunahme aufzuweisen, indem 2598 Wohnhäuser und 1742 sonstige Bauten (Kirchen, Schulen, Fabrikgebäude, Brücken, Kranenhäuser, Verwaltungsgebäude usw.) zum Bauen angemeldet wurden.

gegenüber 2997 Wohnhäusern und 1285 sonstigen Bauten im September. Die Entwicklung in den Monaten bis zum Oktober des vergangenen und des laufenden Jahres zeigt die nachstehende Tabelle. Es wurden gemeldet:

Monat	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober
1924										
Wohnhäuser	697	676	1268	965	1778	1698	1406	1487	1708	2806
Sonstige Bauten ..	214	168	864	699	994	449	968	921	676	987
Insgesamt	911	844	2132	1664	2772	2147	1776	1808	2384	3793

Monat	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober
1925										
Wohnhäuser	9447	2401	4845	4888	3578	8454	4270	2756	2807	4608
Sonstige Bauten ..	595	524	1068	1270	997	878	1516	654	1235	1742
Insgesamt	10042	2925	5913	6158	4575	9332	5786	3410	4042	6350

Danach wurden seit der Marktstabilisierung noch nie so viel Bauvorhaben angemeldet wie im Oktober dieses Jahres. Wie schon in den Monaten vorher sind die Auftragsgeber zum weitaus größten Teil öffentliche Stellen.

Unsere Kräfte und Fabrikherren klagen sehr über die schlechten Wirkungen des hohen Lohnes, der den Preis ihrer Güter hinaufreibt und dadurch den Verkauf derselben im In- und Ausland verringert; sie sagen aber nichts von den schlechten Wirkungen des hohen Gewinnes; indem sie von den verderblichen Folgen des Vorteils, den sie selbst ziehen, schweigen, klagen sie desto lauter über die Vorteile anderer Leute. So oft die Gesetzgebung sich dazu herläßt, die Differenzen zwischen den Meistern und ihren Arbeitern auszugleichen, sind immer die Meister ihre Ratgeber. Fällt die Bestimmung zugunsten der Arbeiter aus, so ist sie immer gerecht und billig; wird sie aber zugunsten der Meister gegeben, so ist sie dies manchmal nicht. Adam Smith. (Untersuchungen über den Wohlstand, 1776.)

besonders die Städte, sowohl bei den „sonstigen Bauten“ als auch indirekt bei den Wohnungsbauten. Diese umfassen meist kleine Einfamilienhäuser, wodurch sich auch die ungewöhnlich große Zahl der Bauanmeldungen erklärt. Leider erfaßt die Statistik jeden Bau nur als Einheit, ohne Rücksicht auf Größe und Wert des Objekts. Es wäre wünschenswert, wenn eine nähere Uebersicht nach der Höhe des Baukostenvoranschlags gegeben würde. Hier eröffnet sich dem „Institut für Konjunkturforschung“ ein äußerst wichtiges und dankbares Feld seiner Tätigkeit.

Gewerkschaftliches.

† Franz Lauffötter. Einen unersehlichen Verlust hat die deutsche Arbeiterbewegung zu beklagen. Am 15. November ist der Reichstagsabgeordnete für den Hamburger Wahlkreis, Genosse Franz Lauffötter, im Alter von 68 Jahren im Eisenbahnzug einem Schlaganfall erlegen. Aus dem Lehrerberuf hervorgegangen, hat er seine ganze Person und sein reiches Wissen in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt und unermüdet an der Verbreitung und Vertiefung sozialistischer Weltanschauung in den Köpfen der deutschen Arbeiterschaft gewirkt. Seine volkstümliche Beredsamkeit öffnete ihm die Herzen seiner Zuhörer, und seine Artikel über alle Gebiete des menschlichen Wissens waren stets ein willkommener Nahrungsschutz in politischen wie auch in allen Gewerkschaftszeitungen. Selbst die schwierigsten Fragen wußte er spielend dem Verständnis auch des Anfängers in der Arbeiterbewegung nahe zu bringen. Lauffötter war ein eifriger Mitarbeiter der deutschen Gewerkschaftspresse. Noch in den letzten Tagen hat er uns eine Arbeit über „Völkerberührung oder Völkerveröhnung“ zugestellt, die wir demnächst veröffentlichen werden. Nun hat ihn der Tod mitten aus der fruchtbringenden Tätigkeit in seiner ehemaligen westfälischen Heimat herausgerissen. Die deutsche Arbeiterchaft wird ihm über den Tod hinaus ein dauerndes Gedächtnis bewahren.

Ein gewerkschaftliches Schutz- und Trugbündnis zwischen dem Einheitsverband der Eisenbahner, dem Deutschen Verkehrsbund, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und der Reichsgewerkschaft der Kommunalbeamten ist in einer gemeinsamen Konferenz am 11. November in Frankfurt a. M. beschlossen worden. Der engere Zusammenschluß ist eine notwendige Folge der Konzentration der Arbeitgeberverbände und ist auf einheitliche Beschlüsse der vier Verbandstage zurückzuführen. In einem Kartellvertrag soll der Pflicht- und Aufgabenkreis festgelegt werden, zu dem die Mitglieder von einer engeren Kommission in Valde auszuarbeiten sind. Nach Erledigung dieser Vorarbeiten kann das Weitere in gemeinsamen Vertrauensmännerversammlungen durch Informations- und weitgehende Aussprache geschehen, um den Plänen der Unternehmer erfolgreich entgegenzuwirken. In den Arbeiter- und Angehörten liegt es nun, die Verbände durch Zuführung der Unorganisierten so zu stärken, daß sie zu einem unüberwindlichen Machtfaktor im Wirtschaftsleben werden.

An alle Arbeiterinnen der Welt wendet sich das am 3. und 4. November in Amsterdam versammelte Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee. Es lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterinnen aller Länder auf die traurige Lage, die schlechten Arbeitsbedingungen und Löhne der Arbeiterinnen in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Da sich die Arbeitsbedingungen der Männer im gleichen Maße verbesserten, wie sie von ihren gewerkschaftlichen Machtmitteln Gebrauch machen, wendet sich

das Komitee an die arbeitenden Frauen aller Berufe und Länder mit der Aufforderung zum Anschluß an ihre beruflichen Organisationen und damit zur Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Macht.

Das Komitee gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die gemeinsame Aktion des im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten Proletariats der Arbeiterklasse nicht nur eine bessere und menschlicher. Existenz sichern, sondern die Menschheit einem allgemeinen und dauernden Frieden entgegenführen wird.

Sie gleichen dem Geist, den sie verstehen... Die bayerische Regierung beabsichtigt, vermutlich als Gegenstück zu den Titelverleihungen an die Arbeitgeber, nunmehr auch mit den Gewerkschaften in Verbindung getreten, hat sich aber, was vorauszu sehen war, bei den freien Gewerkschaften eine gründliche Abfuhr geholt. Die Regierung will aber trotzdem am 1. Januar 1926 mit der Verleihung des Titels „Arbeitsrat“, „Landesarbeitsrat“, beziehungsweise „Geheimer Landesarbeitsrat“ an ihr geeignet erscheinende Arbeiter beginnen. Selbstverständlich kommt dann später bei Wiedereinführung der Monarchie vor jeden dieser Titel noch das Prädikat „Königlich“, so daß bei vorge-schriebenem Alter und Eignung der bayerische Arbeiter „Königlich bayerischer geheimer Landes-arbeitsrat“ werden kann. Heil! — Wie wenig muß doch die staatliche Bureaucratie von dem Wesen und der Art der modernen Arbeiterbewegung begriffen haben, daß sie die Arbeiter mit solchen Mäßen glaubt lobern zu können. Wenn der Staat unter solchen Gesichtspunkten „regiert“ wird, dann sind allerdings auch die Restaurationsbestrebungen verständlich, die der Wiederaufrichtung der Monarchie dienen sollen, und es wäre nur zu wünschen, daß die Regierung von den Arbeitern lernen würde, im Bedarfsfalle eine ebenso unzweideutige Antwort zu erteilen, wie sie von den Gewerkschaften auf ihre Anfrage erhalten hat. Es wird wohl keinen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter geben, der diesen Humbug mitmacht.

Arbeiterdelegationen zum Studium der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Sowjet-Rußlands machten in den letzten Wochen in der deutschen Arbeiterbewegung viel von sich reden. Obwohl die Mehrzahl der organisierten Arbeiterschaft in ihrem gesunden Sinn der Entsendung und auch der Berichterstattung derartiger Delegationen von Natur aus skeptisch gegenübersteht, verheißt doch fast keine Gewerkschaftsversammlung, ohne daß von der sich unentwegt „Opposition“ nennenden Richtung dahingehende Anträge gestellt und immer wieder eingebracht werden. Ist es für die Arbeiter im allgemeinen schon recht schwer, sich in fremdem Lande in den komplizierten Vorgängen eines Wirtschaftslebens zurechtzufinden, so ist es für Rußland mit den gewaltigen Entfernungen und den Schwierigkeiten der russischen Sprache geradezu unmöglich. Es ist aber außerdem noch gefährlich; denn das russische Gesetz über Wirtschaftsspionage sieht geradezu drakonische Strafen vor, sowohl für den, der einen tieferen Einblick zu gewinnen sucht, als auch für den Einheimischen, der ihn gemährt oder vermittelt. Und daß die Sowjetregierung diese Gesetzesparagrafen anzuwenden weiß, hat sie mit dem Prozeß und dem Todesurteil gegen die drei deutschen Studenten bewiesen, das jetzt in eine zehnjährige Freiheitsstrafe umgewandelt wurde. Aus außenpolitischen Gründen wird vermutlich auch dieser Strafe durch baldige Ausweisung der Schein allzu barbarischer Rechtsprechung genommen werden. Nun ist aber neuerdings ein Dekret in der amtlichen russischen Zeitschrift „Iswestija“ veröffentlicht worden, das eine gewisse Neuregelung des Gesetzes über Wirtschaftsspionage bedeutet, aber die Gefahren für Ausländer, die wirklich etwas erfahren wollen, keineswegs mindert oder die Strafen mildert. Gemäß dieser Verordnung wird das Höchstmaß der Strafe, soweit es sich nicht um Verletzung direkter Staatsgeheimnisse handelt, bis drei Jahre Gefängnis festgesetzt. Strafbar ist laut Dekret auch das Sammeln von wirtschaftlichen Informationen, die ihrem Inhalt nach kein besonderes Staatsgeheimnis bilden, aber auf Grund der bestehenden Gesetze oder Verfügungen verschiedener Behörden, Institutionen und Unternehmungen nicht veröffentlicht werden sollen. Einer Strafe unterliegt desgleichen die Uebergabe ähnlicher Informationen unentgeltlich oder gegen eine bestimmte Entschädigung an andere Staaten und Organisationen, wie auch Privatpersonen. Man könnte beinahe zu der Annahme gelangen, diese Verordnung sei gerade aus Anlaß der Anwesenheit der deutschen Arbeiterdelegationen erlassen worden, um zu verhindern, daß sie irgendwelche andere als amtliche Informationen erhalten. Jedenfalls möchten wir den deutschen Arbeiter oder sonstigen wirklich Wissensdurstigen sehen, der unter solchen Gesetzesbestimmungen in Rußland über wirtschaftliche Dinge mehr erfährt, als die Sowjetgewaltigen ihn wissen zu lassen für gut befinden. Solange sich die russischen Gewalthaber nicht dazu entschließen können, dem Ausländer wenigstens das Maß von persönlicher Bewegungsfreiheit einzuräumen, das er in den von der „verrotteten Bourgeoisie“ regierten Ländern ohne weiteres genießt, haben alle Delegationen nach Rußland gar keinen Wert, und mögen sie mit noch so großem Tamtam in Szene gesetzt werden.

Einen weiteren Grund zu dem durch vorstehende Tatsachen allein schon berechtigten Mißtrauen gegen die Berichte dieser Delegationen sehen wir in dem anglichen Bestreben der Sowjetregierung, von ihr unabhängige, sprachunkundige und mit den nötigen Vorkenntnissen versehene Beigeordnete fernzuhalten. Nachdem die Einreiseerlaubnis für Dr. Dienstadt, den vom Bergarbeiterverband für die Rußlanddelegation des Internationalen Bergarbeiterverbandes genannten Dolmetscher, abgelehnt war, hat sich der Bergarbeiterverband um einen anderen Dolmetscher bemüht. Aber auch dieser, der russische Sozialdemokrat Schwarz, der als Russe noch 1920 als Mitglied der Roten Armee aktiv im Kampf gegen die Brangel-Armee in Polen sich beteiligte, aber weil er Sozialdemokrat blieb, dann von der russischen Regierung auf 2 Jahre des Landes verwiesen wurde, hat jetzt nicht die Einreiseerlaubnis als Dolmetscher erhalten.

Man sieht daran, daß die russische Regierung sich dagegen stemmt, daß landeskundige Leute sich über die Verhältnisse in Rußland unterrichten können.

Nunmehr sollte Piéard, ein Redakteur des belgischen Sozialistenblattes „Peuple“, der sehr gut russisch spricht, als Uebersetzer mit der internationalen Bergarbeiterkommission nach Rußland fahren.

Sozialpolitisches.

Schwerarbeit und Lebensdauer. Es ist eine alte Erfahrung, daß das Alter des Arbeiters in Hinsicht auf das Ausmaß der Schädigung seines Körpers durch erschwerende und gesundheitschädliche Begleiterscheinungen seiner Arbeit eine große Rolle spielt.

Immer noch steigende Arbeitslosenziffern. Nach den Feststellungen am Ende des Monats Oktober ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge seit Mitte des Monats von 299 000 auf 361 000, das heißt um rund 22% gestiegen.

Vom Ausland.

Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Schweizer Bau- und Holzarbeiterverband.

Um in den Orten diesseits und jenseits der Schweizer Grenze die Organisationsarbeit zu erleichtern und unsern Kollegen hüben und drüben bei der Wahrung ihrer Rechte an die Organisation behilflich zu sein, ist nach eingehenden Verhandlungen folgender Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen worden:

1. Mitglieder, die in einem andern Lande Arbeit nehmen, haben hier ihren Uebertritt in den Verband dieses Landes innerhalb 4 Wochen zu vollziehen.

2. In das Mitgliedsbuch muss die Abmeldung eingetragen sein. Vorausbezahlte Beiträge haben in dem Gebiet des andern Verbandes keine Gültigkeit.

3. Den übergetretenen Mitgliedern werden die in dem andern Verband gezahlten Beiträge so angerechnet, dass für jeden bezahlten Wochenbeitrag, unbekümmert um dessen Höhe, ein Wochenbeitrag im neuen Verbands gerechnet wird.

Im Rahmen dieser Bestimmung haben die übergetretenen Mitglieder Anspruch auf dieselben Rechte, die für die eigenen Mitglieder bei gleicher Mitgliedschaftsdauer Geltung haben.

Ausgenommen von der vorstehenden Bestimmung ist der Anspruch auf Erwerbslosen- beziehungsweise Arbeitslosenunterstützung.

4. Anspruch auf Erwerbslosen- und Arbeitslosenunterstützung haben die übergetretenen Mitglieder, nachdem sie 13 Wochen im Gebiete des neuen Verbandes gearbeitet und auch die andern statutarischen Bedingungen erfüllt haben.

Nach Beendigung dieser Karenzzeit kommen aber sämtliche bezahlten Beiträge für die Erwerbslosen- beziehungsweise Arbeitslosenunterstützung in Anrechnung.

An die Emigranten, die in ihre Heimat oder zu ihren Familien zurückkehren und hier arbeitslos sind, ist die Arbeitslosenunterstützung ohne weiteres von dem betreffenden Landesverband zu zahlen.

5. Vor dem Uebertritt haben Mitglieder des ausländischen Verbandes, die auf der Reise sind, um Arbeit zu suchen, nur Anspruch auf die Reiseunterstützung, die der in Frage kommende Verband seinen eigenen Mitgliedern gewährt und ebenfalls nur unter den für die letzteren geltenden Bedingungen.

6. Alle innerhalb Jahresfrist bezogenen Unterstützungen werden in dem statutarischen Höchstbetrag in Anrechnung gebracht.

7. Ausgeschlossen von diesem Vertrag sind Mitglieder, die ihre Pflichten gegenüber der früheren Organisation nicht erfüllt haben.

Hamburg und Zürich, im Oktober 1925.

Für die Zentralvorstände:

gez. O. Streine. gez. F. Reichmann.

Der 14. Internationale Jahresbericht der Zentralverbände der Maler usw., herausgegeben vom Internationalen Sekretariat, gewährt uns einen guten Einblick in die beruflichen und organisatorischen Verhältnisse der angeschlossenen Länder.

In weiteren Abschnitten sind Einzelberichte der angeschlossenen Organisationen enthalten. Danach bestanden selbständige Berufsorganisationen in Dänemark, Deutschland, Holland und Schweden mit insgesamt 51 672 Mitgliedern, während die Organisationen in Finnland, Norwegen, Oesterreich, Ungarn, der Schweiz und der Tschechoslowakei mit insgesamt 9903 Mitgliedern den dortigen Bauarbeiterverbänden angeschlossen sind.

Verschiedenes.

Frau und Kultur. Einer neuen Statistik der Stadt Berlin über die Städtischen Büchereien und Leseshallen ist zu entnehmen, daß die Frauen in viel geringerer Zahl Besucher der Leseshallen sind als die Männer.

Fachtechnisches.

Wettbewerb des „Fachblatt der Maler“. Das Preisgericht, bestehend aus den Herren: Direktor Professor Richard Meyer, zeitweilig vertreten durch Herrn Oberlehrer R. Helms, Professor O. Schwindbragheim, O. Streine, R. Weber und H. Heinemann, trat am 12. November 1925 in der Aula der Staatlichen Kunstgewerbeschule, Hamburg, zur Bewertung der bis 1. November eingelaufenen Arbeiten zusammen.

Fachliteratur.

Der „Maler-Lehrling“, Nummer 11 vom November 1925, enthält als Leitartikel eine Erinnerung an die Novembertage 1918. In ihm wird der Jugend der Gegenwart der früheren kaiserlich-militaristischen zur jetzigen demokratisch-republikanischen Staatsform Marzuzumachen versucht.

Der illustrierte Malerkalender für das Jahr 1926, Taschenbuch für Dekorationsmaler, Radierer, Maler und verwandte Gewerbe, ist im 46. Jahrgang erschienen.

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und schaftswesen. Berlin. Verlagsgesellschaft des ADGB, I. A. Die Feste bieten jedem Gewerkschafter außerordentlich reichhaltiges Material durch streng wissenschaftliche Behandlung von Prinzipien- und Tagesfragen.

Die Krankenversicherung. Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht unter diesem Titel (soeben in deutscher Sprache rechtsvergleichende Darstellung über die Krankenversicherung in allen Ländern. In dieser Studie sind die wesentlichen Grundzüge der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung gestellt.

Tagbuch eines Betriebsrats. Herausgegeben vom Deutschen Zertifikatsverband. Verlag: Tertius-Praxis, Verlagsgesellschaft m. B. H., Berlin O. 34, Miesler Straße 8 und 9.

Ein Buch des Betriebsrats ein unerschöpfbares Verzeichnis erwünschten Lesens. In laufendem Eintrag berichtet hier ein Arbeiter aus dem großen Betrieb, der mit scharfer Beobachtungsgabe, ausgeübter, über seine Erfahrungen als freigelegter Betriebsrat, Tagbuch zeigt, welche erhebliche Wirkungsmöglichkeiten der Betriebsrat hat — und wer innerhalb der Arbeiterklasse die Aufgabe anerkennt, wird dieses Tagbuch begrüßen und ihm durch großzügigen Erfolg dankbar sein.

Endlich ein gutes Jugendbuch. „Peter und Paul“ von Dant, Verlag von J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68, originalen Einband 2,40 M. Ein schönes Buch aus dem eines Großstadtjungs, von ihm selbst mit dem unheimlichen Humor in ungekünsteltem Jugenjargon erzählt.

Sterbetafel.

Chemnitz. Am 10. November starb nach längerer Krankheit unser treues Mitglied Max Emmrich im Alter von 53 Jahren an Magenkrebs.

Darmstadt. Am 9. November starb unser treuer Kollege H. Dieß im Alter von 38 Jahren. Er war ein Mann der Besten.

Düsseldorf. Am 11. November starb nach langer Krankheit unser Kollege Heinrich Altrögen im jugendlichen Alter von 19 Jahren an Lungentuberkulose.

Königsberg. Am 10. November starb nach kurzer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Kollege Karl Schmalz im Alter von 45 Jahren an Lungentuberkulose.

Mainz. (Zahlstelle Gonsenheim.) Am 7. November starb unser Mitglied, der Lüncher Philipp Hoffmann im Alter von 62 Jahren. — (Zahlstelle Rastheim.) Am 8. November starb nach 29jähriger Mitgliedschaft der Lüncher, Kollege Paul Fant, im Alter von 63 Jahren.

Mannheim. (Zahlstelle Frankenthal.) Am 10. November starb unser bestes Mitglied, der Kollege Josef Klingelberger, im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Vom 22. bis 28. November ist die 48. Beitragswoche.

Abendurke

für neue Holz- und Marmorarbeiten, auch Sonderarbeiten. Friedr. Popp, Hamburg-Eppendorf, Regenhofstraße 27, Hochpart.